

Zwischen Abgrenzung und Annäherung. Das Verhältnis der CDU zu den Grünen 1980–1990*

Paul Kraatz/Tim B. Peters

Das Thema „Schwarz-Grün“, die Debatte über eine politische Zusammenarbeit zwischen den Parteien CDU und Bündnis 90/Die Grünen (bis hin zu möglichen Regierungskoalitionen auf Landes- oder Bundesebene), stellt heute eine Konstante im öffentlichen Diskurs dar.¹ Stärker ins Bewusstsein getreten ist diese Option seit Mitte der 1990er Jahre, als schwarz-grüne Bündnisse auf kommunaler Ebene zunahmen² und in der sogenannten Pizza-Connection³ Politiker beider Parteien regelmäßig in Bonn zusammentrafen. Für die 1980er Jahre hingegen, als die Grünen sich bundespolitisch formierten, hat sich eher die Erinnerung an Konfrontationen festgesetzt. „Das Verhältnis von CDU und Grünen war in den achtziger Jahren vor allem auf der Bundes- und Länderebene durch eine scharfe gegenseitige Abgrenzung bestimmt.“⁴ Gegensätze prägten das Bild. „Schwarz-Weiß‘ dominierte das wechselseitige Verhältnis von Schwarz und Grün.“⁵ Tatsächlich aber war die Beziehung zwischen der CDU und den Grünen im letzten Jahrzehnt der alten Bundesrepublik differenzierter und vielschichtiger. Kurzen Phasen einer vorsichtigen Annäherung

* Die Autoren danken Dr. Stefan Marx und Benedikt Wintgens M.A., für ihre hilfreichen Hinweise sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin für deren umfangreiche Unterstützung bei den Recherchen.

- 1 Vgl. hierzu Stephan Eisel: Über den Tag hinaus: Schwarz-Grün. Vom Gedankenspiel zur realistischen Option, in: Die Politische Meinung 383 (2001), S. 33–40; Hubert Kleinert: Schwarz-Grün erweitert Optionen. Zur Auflösung ideologischer Tabus, in: Die Politische Meinung 413 (2004), S. 69–74; Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011; Alexander S. Neu: Schwarz-Grüner „Tabubruch“. Zur prinzipiellen Koalitionsoffenheit auf allen politischen Ebenen, in: Die Politische Meinung 419 (2004), S. 61–68.
- 2 Insbesondere die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen vom 16. Oktober 1994 bewirkte eine solche Zunahme kommunaler Zusammenarbeit. Vgl. hierzu Jürgen Hoffmann: Schwarz-Grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik – Gründe, Erfahrungen, Folgerungen (Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 135/1997). Sankt Augustin 1997.
- 3 Der Name leitet sich von dem italienischen Restaurant ab, in dem die Treffen seit 1995 vierteljährlich stattfanden. Zu den grünen Teilnehmern gehörten unter anderem Volker Beck, Matthias Berninger, Katrin Göring-Eckardt, Cem Özdemir und Oswald Metzger, von der CDU Peter Altmaier, Hermann Gröhe, Eckart von Klæden, Andreas Krautscheid, Ronald Pofalla und Norbert Röttgen. Zeitzeugenberichte einiger Teilnehmer sind abrufbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pizza-connection-die-schwarz-gruene-geburtsrunde-a-540701.html> (Abruf: 12. Mai 2013).
- 4 Hoffmann: Schwarz-Grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik, S. 16.
- 5 Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock: Wie aus Gegensätzen Optionen wurden. Ein Beitrag zur Debatte um Schwarz und Grün, in: Dies. (Hg.): Schwarz-Grün, S. 15–23, hier S. 16.

folgten längere Perioden verstärkter Abgrenzung. Dialogbereiten innerparteilichen Minderheiten standen in beiden Parteien angriffslustige, die politische Gegnerschaft hervorhebende Mehrheiten gegenüber. Im Folgenden soll daher das Verhältnis der CDU zu den Grünen bis zum Jahr 1990 näher beleuchtet werden.⁶ Dieses Jahr stellt insofern einen Einschnitt dar, als sich durch die Deutsche Einheit und die PDS das Parteiensystem abermals veränderte. Ebenso verfehlten die westdeutschen Grünen 1990 auf Bundesebene – nicht zuletzt wegen ihrer kritischen Haltung zur Einheit – den Wiedereinzug ins Parlament.

Vierte Partei oder vorübergehendes Phänomen?

Als die Grünen Ende der 1970er Jahre aus verschiedenen Neuen Sozialen Bewegungen hervorgingen, war noch nicht absehbar, dass dies die „tiefgreifendste Veränderung, die sich im bundesdeutschen Parteiensystem seit den 1950er Jahren vollzog“⁷, werden sollte. Die Gründung der Bundespartei der Grünen am 13. Januar 1980 in Karlsruhe stellte hierbei den entscheidenden Schritt dar. Aus der Sicht der Zeitgenossen war jedoch offen, welche Zukunft der grünen Bewegung nach dieser Institutionalisierung blühen sollte. Die Sicht verschiedener Unionspolitiker unterschied sich daher auch nicht wesentlich von der allgemeinen Wahrnehmung. Zu heterogen erschienen die Ziele von Friedensaktivisten, Atomkraftgegnern, Umweltschützern, Feministinnen und Vertretern der Neuen Linken, als dass anzunehmen war, aus den Grünen könne einmal eine ernsthafte politische Konkurrenz erwachsen. Man reagierte „auf das Aufkommen der grünen Bewegung lange Zeit mit einer Mischung aus Sorglosigkeit, Geringschätzung und aufgeregtem Kurzzeitinteresse“⁸, wie eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung bereits 1984 feststellte. In der CDU überwog zunächst die Sicht, dass es sich bei den Grünen mit ihrer vermeintlich monothe-matischen Ausrichtung auf den Umweltschutz um ein vorübergehendes Phänomen in der deutschen Parteienlandschaft handele. Die Möglichkeit, dass sich eine vierte Partei dauerhaft als politischer Faktor etablieren könne, erschien wenig wahrscheinlich.⁹ So gab sich der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl im Dezember 1982 in einem Fernsehinterview überzeugt, dass es die Grünen in

-
- 6 Christian Lorenz: Schwarz-Grün auf Bundesebene – Politische Utopie oder realistische Option?, in: APuZ 35–36 (2007), S. 33–40 und Stefan Grönebaum: Der konkrete Charme von Schwarz-Grün, in: Berliner Republik 6 (2006), S. 9–12, datieren erste Bündnisse zwischen CDU und Grünen auf kommunaler Ebene fälschlicherweise in die 1990er Jahre.
 - 7 Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 6). München 2006, S. 117.
 - 8 Klaus Gotto/Hans-Joachim Veen: Zur Einführung, in: Dies. (Hg.): Die Grünen – Partei wider Willen (Studien zur politischen Bildung 9), Mainz 1984, S. 7–9, hier S. 7.
 - 9 Eine frühe Darstellung des Parteibildungsprozesses der Grünen lieferte 1984 der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Gerd Langguth. Vgl. Gerd Langguth: Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei?. Osnabrück 1984, insbes. S. 10–36.

einigen Jahren in der Bundesrepublik nicht mehr geben werde.¹⁰ Auch der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hielt die Grünen nur mehr für eine Etappe auf dem geschichtlichen Weg zu einem freiheitlichen, sozialen und nun zusätzlich auch menschlichen Rechtsstaat.¹¹ Kurt Biedenkopf sah gar die Hauptfunktion der Grünen nicht in der einer politischen Partei. „Die Wählerzustimmung, die sie als Gruppe finden, ist vielmehr ein wichtiges Symptom für Defizite in der Repräsentanz wichtiger politischer Anliegen durch die bestehenden politischen Parteien.“¹² Die parlamentarischen Erfolge der Grünen auf allen staatlichen Ebenen machten jedoch bald klar, dass sich die Grünen als Partei etablierten, wie auch die Planungsabteilung der CDU-Parteizentrale 1984 erkannte: „Wir müssen für die kommenden Jahre von einem Vier-Parteien-System in den Parlamenten unserer Republik ausgehen.“¹³

Mittelbare Anfänge: Die Grünen als Korrektiv und Machtfaktor

Während die Union nur langsam erkannte, dass sich die Grünen dauerhaft etablieren könnten, stellte sich gleichwohl die Frage, wie mit der neuen politischen Kraft umzugehen sei. Erste Annäherungen erfolgten dabei vor allem mittelbar. Die Grünen wurden vornehmlich als Impulsgeber für die eigenen innerparteilichen Positionen genommen. Bereits in einer Fraktionssitzung am 14. März 1978 wollte Horst Schröder, der als Bundestagsabgeordneter der CDU bis 1984 den Wahlkreis Lüneburg – Lüchow-Dannenberg vertrat, die kommunalen Erfolge der Grünen Liste¹⁴ zum Anlass nehmen, „doch noch einmal unsere eigenen Aussagen zum Thema Kernenergie und Umweltschutz zu durchdenken“¹⁵. Ins selbe Jahr fiel der Parteiaustritt von Herbert Gruhl, der am 11. Juli 1978 die CDU verließ, da er seine umweltpolitischen Ziele nicht in der Union verwirklichen zu können meinte.¹⁶

10 Vgl. Ja der FDP zur Vertrauensfrage, dpa-Meldung, 9. Dezember 1982.

11 Vgl. Ernst Albrecht: Die Grünen decken ein Defizit auf, in: Frankfurter Rundschau, 30. Juli 1982.

12 Kurt Biedenkopf zitiert nach Biedenkopf sieht neue politische Mehrheit, in: Stuttgarter Zeitung, 23. Juli 1982.

13 Grüne Gegner im Visier, in: Rheinischer Merkur, 14. September 1984.

14 Die Grüne Liste Schleswig-Holstein konnte bei der Kommunalwahl am 5. März 1978 in zwei Kreistage einziehen.

15 Redebeitrag Horst Schröder in der Sitzung der CDU/CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 14. März 1978, in: ACDP 08-001-1052/1 (Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag).

16 Herbert Gruhl (1969–1980 MdB) gründete unmittelbar nach seinem medienwirksam im ARD-Magazin Report verkündeten Parteiaustritt die Grüne Aktion Zukunft (GAZ), die sich 1980 an der Gründung der Grünen beteiligte. Zu Herbert Gruhl vgl. Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München 2011, S. 73–78.

Erst im Sommer 1982 kam es zu einer größeren Debatte über eine vorsichtige Annäherung an die Grünen. So rief das CDU-Präsidiumsmitglied Walther Leisler Kiep dazu auf, „eigene Positionen im Gespräch mit Andersdenkenden selbstkritisch zu überprüfen“¹⁷. Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Norbert Blüm appellierte, „ohne Hysterie“¹⁸ auf die Grünen zuzugehen. Auch der stellvertretende CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf sah wichtige Anstöße durch die Wähler der Grünen.¹⁹ Ebenso forderte die Junge Union in den Worten ihres Bundesvorsitzenden Matthias Wissmann, dass es „keine Ausgrenzung protestierender und opponierender Teile der (jungen) Bevölkerung“ geben dürfe, und beklagte gleichzeitig ein „Defizit an sachlicher Diskussion in der CDU“²⁰. Der niedersächsische Fraktionsvorsitzende Werner Remmers ging noch einen Schritt weiter. In einem Sammelband unter dem Titel „Die Grünen – Regierungspartner von morgen?“²¹ gab er dem Wunsch nach einer Zusammenarbeit Ausdruck: „Ich kann mir jedenfalls gut vorstellen und wünsche es mir auch, dass es in der konkreten Parlamentsarbeit eine Reihe von Fragen und Aufgaben gibt, in denen es zu einer Zusammenarbeit kommt.“²² Insbesondere erwartete er durch die Existenz der Grünen neue Impulse für die Arbeit der eigenen Fraktion.²³ Die in diesen Äußerungen deutlich werdende Offenheit gegenüber den Grünen stieß im eigenen Lager auf Widerspruch. Werner Remmers' Buchbeitrag wurde Anlass für eine kontroverse Diskussion in der Landtagsfraktion, in deren Folge der Fraktionsvorsitzende vorsichtig zurückruderte: Es gelte genau zu beobachten, ob sich die Grünen im Landtag an die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie halten würden.²⁴ Dieses Beispiel ist symptomatisch für den Kurs der Volkspartei CDU gegenüber den Grünen in den 1980er Jahren. Positiven Äußerungen einzelner Amts- und Mandatsträger standen schroff ablehnende Positionen stets gegenüber.

Die Gründe für diesen ambivalenten Kurs lagen offenkundig zunächst in dem taktischen Vorteil, den das Auftreten der Grünen für die Union versprach. So offenbarte die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 6. Juni 1982, bei der die FDP den Einzug ins Parlament der Hansestadt knapp verfehlte, während die

17 Walther Leisler Kiep zitiert nach CDU hält die Grünen für nicht berechenbar, in: Hamburger Abendblatt, 19. Juli 1982.

18 Norbert Blüm zitiert nach Jetzt CDU-Debatte über die Grünen, in: Süddeutsche Zeitung, 19. Juli 1982.

19 Vgl. Biedenkopf sieht neue politische Mehrheit, in: Stuttgarter Zeitung, 23. Juli 1982.

20 Matthias Wissmann zitiert nach Junge Union hält nichts von polemischen Auseinandersetzungen mit den Grünen, in: Münchner Merkur, 25. August 1982.

21 Vgl. Jörg R. Mettke (Hg.): Die Grünen. Regierungspartner von morgen? Reinbek 1982.

22 Werner Remmers: Grün – eine konservative Grundhaltung. Die CDU und die Alternativen, in: Jörg R. Mettke (Hg.): Die Grünen, S. 197–216, hier S. 199.

23 Vgl. Remmers: Grüne geben Anstöße, in: Hannoversche Allgemeine, 9. August 1982.

24 Vgl. Bei einem Bonner Regierungswechsel bleibt Albrecht in Hannover, in: FAZ, 8. September 1982.

Grün-Alternative Liste mit 7,7 Prozent die Fünfprozenthürde deutlich übersprang, eine neue Arithmetik der parlamentarischen Kräfte. Die koalitionsunwilligen²⁵ und aus Sicht vieler sozial- wie christdemokratischer Politiker koalitionsunfähigen Grünen bildeten eine Sperrminorität gegen die SPD. Eine solche grüne Partei, die vor allem einer Mehrheitsbildung links der Mitte entgegenstehen würde, stellte für die Union eine verlockende Option auf den verschiedenen politischen Ebenen dar. Der Umstand, dass die oppositionellen Unionsparteien im Deutschen Bundestag seit inzwischen über zwölf Jahren einer SPD/FDP-Regierung gegenüber saßen, spielte hier eine wesentliche Rolle. So hielt denn auch Helmut Kohl nach der Hamburg-Wahl fest: „Die sozial-liberale Koalition kann mit der Existenz der Grünen keine Mehrheit im Deutschen Bundestag gewinnen, das ist die entscheidende Veränderung.“²⁶ Ebenso ging Kurt Biedenkopf im Sommer 1982 davon aus, dass die SPD auf absehbare Zeit weder allein noch mit der FDP gegen die Union und die Grünen Mehrheiten bilden könne.²⁷ CDU-Generalsekretär Heiner Geißler wiederum hatte schon zwei Jahre zuvor einen Vorteil in der Gründung einer neuen vierten Partei durch die Grünen gesehen, da dadurch „die Zeit zu Ende geht, in der auf FDP-Parteitag entschieden wird, wer nach den Wahlen die Regierung bildet“²⁸. Auch Kohl hatte bereits 1980 die Erwartung geäußert, dass von den Grünen eine Beunruhigung für die sozial-liberale Koalition ausgehen werde: „Nur, die ‚Grünen‘ sind da. Und ihre Existenz wird zu einer erheblichen Nervosität bei SPD und FDP führen.“²⁹ Die Grünen boten damit die Chance, die Monopolstellung der FDP als Zünglein an der Waage zu beenden. Diese strategisch nachvollziehbare Erwartung an die Grünen konnte jedoch nur so lange überzeugen, wie die Grünen für keine der anderen, im damaligen Sprachgebrauch „etablierten“ Parteien als potentieller Koalitionspartner in Frage kamen. Die parallel seit Anfang der 1980er Jahre in der SPD ausgetragene Debatte über das Verhältnis von SPD und Grünen („Löwenthal-Kontroverse“) endete allerdings in der neuen Bündnisperspektive Rot-Grün.³⁰ Gleichwohl versuchte die Union, eine Art Bannkreis um die Grünen zu ziehen. So schlug der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Alfred Dregger, im Juli 1982 ein Abkommen

25 Vgl. Grüne: Zur Zeit keine Koalition, in: Frankfurter Rundschau, 10. Dezember 1984.

26 Helmut Kohl zitiert nach Die Grünen: Unheimliche Hoffnung der Schwarzen, in: Vorwärts, 12. August 1982.

27 Vgl. Biedenkopf sieht neue politische Mehrheit, in: Stuttgarter Zeitung, 23. Juli 1982.

28 Heiner Geißler zitiert nach CDU und Grüne oft auf einer Wellenlänge, in: Neue Ruhr Zeitung, 10. November 1982.

29 Redebeitrag Kohl, Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 15. Januar 1980, in: ACDP 08-001-1060/1.

30 Zur Löwenthal-Kontroverse in der SPD vgl. Norbert Seitz: Vom historischen Projekt zum Schnittmengen-Deal. Die wechselvolle Geschichte von Rot-Grün, in: Kronenberg/Wenckenbrock (Hg.): Schwarz-Grün, S. 47–64, hier S. 47ff.

aller Bundestagsparteien gegen die Grünen vor.³¹ Hierdurch sollten Regierungsbildungen in Bund und Ländern ermöglicht werden, solange die Grünen nicht bereit wären, sich in das parlamentarische System zu integrieren. Um auch bei fehlenden Mehrheiten eine Regierungsfähigkeit zu gewährleisten, schlug er eine Minderheitsregierung vor, die durch Fernbleiben von oppositionellen Abgeordneten bei Abstimmungen toleriert werden könne.³² Durchsetzen konnte er sich mit seinem Vorhaben freilich nicht.

Die anfangs überwiegenden Annahmen unter Unionspolitikern, das Aufkommen der Grünen könne der CDU im Parteienwettbewerb durchaus nutzen, basierten nicht zuletzt auch auf Ergebnissen von Wählerstudien im Konrad-Adenauer-Haus. Eine Analyse für die Mitglieder des CDU-Präsidiums kam 1982 zu dem Schluss, dass das Wählerpotential der Unionsparteien durch das Auftreten der Grünen kaum berührt werde.³³ Stattdessen seien es frühere Wähler von SPD und FDP, „die den Grünen/Alternativen zu Wahlerfolgen verhelfen“³⁴. Auch Werner Remmers sah in den Grünen eine Bereicherung der politischen Auseinandersetzung, „weil diese Entwicklung ja nun nicht gerade zu Lasten des eigenen Wählerpotentials geht“³⁵. Diese optimistische Einschätzung hinsichtlich der grünen Wählerschaft musste jedoch schon bald revidiert werden. So gestand Werner Remmers auf einem Landesparteitag der niedersächsischen CDU in Cuxhaven (30./31. März 1984) ein, dass die Zahl der um die Umwelt besorgten Bürger bis tief in das Wählerpotential der Union hineinreiche.³⁶ Eindringend mahnte Remmers daher seine Parteifreunde, Umweltschutzfragen nicht zu leicht zu nehmen: „Wir müssen uns als die Partei erweisen, die erkannt hat, worum es geht, die auch in der Lage ist, mit den Umweltproblemen fertig zu werden.“³⁷ Prägnant formulierte er: „Die CDU muß die wahre grüne Partei werden.“³⁸

31 Vgl. Dregger will Abkommen gegen Grüne, in: Welt am Sonntag, 11. Juli 1982.

32 Vgl. Dregger verlangt Koalition gegen Grüne, in: Süddeutsche Zeitung, 12. Juli 1982.

33 Vgl. Analyse: Grüne sind keine Gefahr für die Union, in: Die Welt, 17. September 1982.

34 Ebd.

35 Remmers: Grün – eine konservative Grundhaltung, S. 202.

36 Vgl. Tewe Pannier: Die CDU muß die wahre grüne Partei werden, in: Hamburger Abendblatt, 31. März 1984.

37 Werner Remmers zitiert nach ebd.

38 Ebd.

Wer sind die Grünen? Auseinandersetzung mittels Analysen

Der Umstand, dass mit den grün-alternativen Gruppen eine neue, unkonventionelle Kraft die politische Bühne betrat, trug wesentlich dazu bei, dass sich die anderen Parteien und die Medien intensiv mit den Grünen beschäftigten. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre führte dies auch bei der CDU zu einer regelrechten Flut von Analysen und Dokumentationen über die Grünen. Ihnen allen gemein war die Zielrichtung, den politischen Gegner einerseits zu diskreditieren und andererseits die eigenen Erfolge hervorzuheben, insbesondere im Umweltbereich, um so (potentiellen) Grünen-Wählern eine Alternative zu bieten. So äußerte Heiner Geißler im Juni 1980 Verständnis anlässlich der Vorstellung einer „Analyse des Bundesprogramms der Grünen“, das die neue Partei auf ihrer zweiten Bundesversammlung in Saarbrücken (21.–23. März 1980) beschlossen hatte: „Die CDU weiß, daß heute viele Menschen, vor allem junge Leute, den Umweltschutzgedanken als Botschaft einer alternativen, ihrem Lebensgefühl besser entsprechenden Daseinsgestaltung begreifen.“³⁹ Damit verbunden war ein „Angebot an diejenigen Bürger, die nicht bereit sind, sich in und mit der Partei der GRÜNEN für die indirekte Durchsetzung marxistisch-kommunistischer Politik mißbrauchen zu lassen“.⁴⁰ Zwei Jahre später, im Sommer 1982, setzte sich die CDU-Bundesgeschäftsstelle erneut mit Geschichte, Programm und Politik der Grünen auseinander. In einer umfangreichen Studie (43 Seiten) vom 15. August 1982 wurden programmatische Aussagen der Grünen zitiert und um kurze Einschätzungen ergänzt.⁴¹ Das im Ton eher sachlich-ausgewogen gehaltene Papier äußerte in der Zusammenfassung beinahe anerkennend-versöhnliche Worte: „Die Grünen verweisen zum einen auf Probleme, Defizite und Grenzen wohlfahrtsstaatlich organisierter Industriegesellschaften, die nicht zu leugnen sind. [...] Als kritische und mahende Instanz haben die Grünen ihre Verdienste.“⁴² Gleichwohl ist die Stoßrichtung auch hier klar: Die Grünen „haben es allerdings bisher nicht vermocht, über Kritik und Anklage hinaus positive, praktikable und finanzierbare Lösungen vorzuschlagen. [...] Nur eine Volkspartei der Mitte kann diese Interessen zum Ausgleich bringen.“⁴³

Mit der „Wende von Bonn“ durch die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler am 1. Oktober 1982 änderte sich das Verhältnis der CDU zu den Grünen schlagartig. Die Grünen wurden nun nicht mehr als eine mögliche Sperrmino-

39 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Pressemitteilung, 17. Juni 1980.

40 Ebd.

41 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die Grünen. Geschichte, Programm und Politik. Bonn, 15. August 1982. Im Wortlaut abgedruckt in: Das Spektrum der Grünen ist breiter als angenommen wird, in Frankfurter Rundschau, 14. Oktober 1982.

42 Ebd., S. 38.

43 Ebd., S. 38f.

rität gegen die SPD oder sozialliberale Koalitionen gesehen, sondern wandelten sich zu einer Gefahr für die neue christlich-liberale Mehrheit. Denn mit dem Koalitionsbruch und der Neuorientierung der FDP wurden die Grünen nahezu automatisch zu einer neuen Koalitionsoption für die SPD. So erschien bereits im Dezember 1982 eine 32seitige Argumentationshilfe „Die Rotgrünen“, in der die CDU Programm und Politik der Grünen analysierte.⁴⁴ Warnend heißt es dort: „Der rotgrüne Pakt gewinnt Konturen.“⁴⁵ In die Grünen-Strategie der Union wurde damit auch die SPD mit einbezogen. Die Warnung vor den Folgen einer grünen Regierungsbeteiligung sollte stets auch die sozialdemokratische Partei treffen. Zudem wurde ihr der Vorwurf gemacht, das Entstehen einer weiteren „radikalen“ Partei im linken Spektrum nicht verhindert zu haben.

Der erstmalige Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag, der nach den vorangegangenen Wahlerfolgen auf Länderebene allzu deutlich machte, dass mit den Grünen als politischer Kraft mittelfristig zu rechnen war, führte die CDU zu einer immer deutlicheren Abgrenzung gegenüber dieser Partei. Ende 1982 und weiter 1983/1984 verschärfte sich der Ton, Ende 1984 erreichte er mit Blick auf anstehende Wahlen auf Kommunal- und Landesebene einen vorläufigen Höhepunkt.⁴⁶ Die Deutsche Gruppe in der EVP-Fraktion (CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament) kündigte im Oktober 1984 eine „offensive Auseinandersetzung mit den Grünen“ an, um „der Öffentlichkeit die von dorthier drohenden Gefahren für die parlamentarische Demokratie vor Augen zu führen“⁴⁷.

In einer von Ottfried Hennig, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, verfassten Analyse „Auf dem Weg zur grünen Diktatur“⁴⁸ vom September 1984 hallte es wie ein Echo der Augen: „So kann und wird ein grüner Staat letztlich keine Demokratie sein. Es wird ein Staat sein, der mit der ‚englischen Krankheit‘ beginnt und in einem Staat der grünen Mullahs und ökologischen Ayatollahs endet.“⁴⁹ Im selben Monat erschien eine von der CDU/CSU-Fraktion herausgegebene 25seitige

44 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die Rotgrünen. Argumente gegen die rotgrünen Experimente. Köln 1982.

45 Ebd., S. 4.

46 Am 10. März 1985 fanden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zum Saarländischen Landtag sowie Kommunalwahlen in Hessen statt, gefolgt von der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 12. Mai 1985.

47 So der Vorsitzende der Deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion, Rudolf Luster zitiert nach Deutsche Gruppe in der EVP-Fraktion (Hg.): Pressemitteilung Nr. 108, 25. Oktober 1984.

48 Vgl. Ottfried Hennig: Auf dem Weg zur grünen Diktatur. Eine Dokumentation zum Bundesprogramm der Grünen, undatiert [September 1984], in: ACDP 08-010-128/2. Auszugsweise abgedruckt in: Die Grünen, Anspruch und Realität, in: Die Welt, 8. September 1984.

49 Ebd. Vgl. auch: Ein grüner Staat wird keine Demokratie mehr sein, in: Bonner Rundschau, 4. September 1984.

Zitatensammlung, mit der vor rot-grünen Koalitionen gewarnt wurde.⁵⁰ Die CDU-Bundesgeschäftsstelle legte im November 1984 mit „Die Grünen. Eine Analyse der öko-marxistischen Radikalopposition“⁵¹ weiter nach. Die inhaltliche Dimension der Parteiveröffentlichung reichte von „Cliquen herrschaft“ und „Öko-Sozialismus“ über „Unterwerfungspolitik gegenüber der Sowjetunion“ bis hin zum „Niedergang Hessens“⁵² durch das rot-grüne Modell. Die sogenannten „hessischen Verhältnisse“⁵³ machten damit endgültig klar, was auch die CDU in ihrer Analyse feststellte: „Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stehen sich auf absehbare Zeit zwei politische Lager gegenüber: Das öko-sozialistische Bündnis von SPD und GRÜNEN und die Koalition der Mitte von Unionsparteien und FDP.“⁵⁴

Mit einer von den Parlamentarischen Geschäftsführern der Unionsfraktion, Rudolf Seiters und Wolfgang Bötsch, herausgegebenen Dokumentation „Die Kader der Grünen“⁵⁵ erneuerte man 1986 die Vorwürfe, die Grünen würden sich zu einer linksextremistischen Partei entwickeln, die den Umweltschutz nur als Vorwand für eine „Unterwerfung unter sowjetische Hegemonie“⁵⁶ benutze. So stellte die Studie „die Lebensläufe von 65 führenden Funktions- und Mandatsträgern der Grünen auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene [dar], [...] die Mitglieder von Organisationen sind, waren oder ihnen nahestehen oder zumindest zeitweise nahestanden, die im Verfassungsschutzbericht genannt sind und extremistische oder sicherheitsgefährdende Ziele verfolgen“.⁵⁷ Über den hessischen Umweltminister Joschka Fischer wurde beispielsweise

50 Vgl. CDU warnt mit Zitatensammlung vor rot-grünen Bündnissen, in Frankfurter Neue Presse, 27. September 1984.

51 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die Grünen. Eine Analyse der öko-marxistischen Radikalopposition, Bonn, undatiert [November 1984].

52 Alle Zitate ebd.

53 Bei der Landtagswahl in Hessen am 26. September 1982 konnten weder CDU noch SPD die absolute Mehrheit erreichen. Da die FDP den Einzug in den Landtag verpasste und die Grünen für beide Parteien als Koalitionspartner nicht in Frage kamen, entstand eine Pattsituation. Eine mögliche Große Koalition wurde von der SPD abgelehnt. Ministerpräsident Holger Börner (SPD) stand daher bis zur Selbstauflösung des Landtages und anschließenden Neuwahlen einer geschäftsführenden Landesregierung vor. Die Landtagswahl am 25. September 1983 änderte jedoch nichts an der Pattsituation, obgleich auch der FDP diesmal der Einzug in den Landtag gelang. Am 7. Juni 1984 schließlich wurde Börner, zunächst weiterhin geschäftsführend im Amt, mit den Stimmen der Grünen zum Ministerpräsidenten gewählt und stand einer von den Grünen tolerierten Minderheitsregierung vor. Der Tolerierungsphase folgte im Oktober 1985 die erste rot-grüne Koalition auf Landesebene.

54 Die Union stellt die Grünen in die linke Ecke, in: Frankfurter Rundschau, 4. Oktober 1984.

55 Rudolf Seiters/Wolfgang Bötsch (Hg.): Die Kader der Grünen. Bonn 1986.

56 Wahlkampfstreit über Grüne. CDU/CSU: Grüne dienen sowjetischer Politik, in: Hannoverische Allgemeine Zeitung, 5. Juni 1986.

57 Seiters/Bötsch: Die Kader der Grünen, S. 11.

vermerkt, er habe von 1968 bis 1975 der militanten Gruppe „Revolutionärer Kampf“ angehört und Hausbesetzer-Krawalle organisiert, sich aber andererseits als „Kapitalist“ versucht, da er angegeben hatte, als Inhaber einer Buchhandelsfirma zu arbeiten.⁵⁸ In den Kapiteln „Im Griff der K-Gruppen“ und „Der Einfluss der DKP“ wollte man nachweisen, wie Marxisten-Leninisten, Maoisten oder Trotzlisten – alle der Gewalt nicht grundsätzlich abgeneigt – die Grünen unterwanderten, um „die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu schwächen und wehrlos zu machen“.⁵⁹ Dabei rekurrierte man auf die Geschichte der Weimarer Republik, die an der parlamentarischen Unterwanderung durch Extremisten zu Grunde gegangen sei.⁶⁰

Auf ihre typisch ironisierende Art gab die Bundestagsfraktion der Grünen eine Gegendarstellung heraus, die den Titel trug: „Zur Vorlage der Dokumentation ‚Die Kader der GRÜNEN‘ erklärt das Zentralkomitee der Russenknechte im Deutschen Bundestag“.⁶¹ Unter Punkt 1 stellten sie klar: „Es ist unwahr, daß die heutige Pressekonferenz der CDU ‚Die Kader der GRÜNEN‘ vom CDU MdB Rudolf Seiters geleitet wurde. Wahr ist dagegen, dass es sich um einen vom KGB ferngesteuerten Doppelgänger handelt, der in den Reihen der CDU noch mehr Verwirrung anrichten soll als sie dies mit ihren eigenen Köpfen ohnehin schon produziert.“⁶²

Innerhalb von zwei Monaten fand die Dokumentation über 60.000 Interessenten, so dass die Auflage erhöht werden musste. Obwohl von Seiten der CDU damit gerechnet wurde, gab es von den Grünen anscheinend keine Strafanzeigen gegen die Veröffentlichung.⁶³ Auf Nachfrage gab der Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Dieter Lukowski, bekannt, dass lediglich eine in der Dokumentation genannte Person darauf hingewiesen habe, dass sie nicht aus der kommunistischen, sondern aus der maoistischen Bewegung komme.⁶⁴

58 Vgl. ebd., S. 43f.

59 Vgl. ebd., S. 21–52, Zitat S. 3.

60 Vgl. ebd., S. 4.

61 Die Grünen im Bundestag (Hg.): Gegendarstellung vom 5. Juni 1986.

62 Ebd.

63 Anlässlich der Ankündigung einer zweiten Auflage wandte sich der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Henning Schierholz, in einem Schreiben an Alfred Dregger. Darin warf er der CDU vor, „reihenweise Diffamierungen und Verfälschungen gegen Mitglieder der GRÜNEN im Bundestag“ zu verbreiten. Anhand seines eigenen Lebenslaufs wies er auf „diffamierende[...] Bewertungen und schlichte[...] Fehler“ hin: „Sollten Sie in diesem Stile fortfahren wollen, so bitte ich Sie zu erwägen, ob sich die CDU nicht rechtzeitig vor der Bundestagswahl in Schlamm-schmeißer-Union (SSU) umbenennen will.“ Schreiben des Abgeordneten Henning Schierholz an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger vom 24. Juni 1986, in: ACDP 08-001-587/2.

64 Vgl. Grünen-Dokumentation als Hit. Schon 60.000 Anforderungen für Unions-Broschüre über die Öko-Partei, in: Bonner Rundschau, 30. Juli 1986. – Es folgten im kurzen Abstand drei weitere Studien über die Grünen, die in Pressemitteilungen und -konferenzen einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurden: Rudolf Seiters/Wolfgang Bötsch (Hg.): Grüne

NS-Vergleiche und Extremismusvorwürfe

Das Selbstverständnis der Grünen als „Anti-Parteien-Partei“⁶⁵ und ihre basisdemokratisch begründete kritische Distanz zum Parlamentarismus führten zahlreiche Unionspolitiker immer wieder zu historischen Vergleichen mit der Weimarer Republik oder dem Nationalsozialismus. So warf der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Rudolf Seiters, den Grünen vor, „bewußt den Niedergang der Bundesrepublik Deutschland in Kauf“ zu nehmen und „Weimarer Verhältnisse“⁶⁶ anzusteuern. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sprach von „faschistoid-mythische[n] Ritualen“ als Bestandteil des grünen Politikstils und sah „auch inhaltliche totalitäre Merkmale“⁶⁷ verwirklicht. Die Grünen wiederum förderten solche Vorwürfe nicht zuletzt durch ihre antiparlamentarische Linie bis hin zu Ähnlichkeiten mit dem NS-Sprachgebrauch.⁶⁸ Selbst Matthias Wissmann, der als JU-Bundesvorsitzender mit Blick auf die jüngere Generation zunächst für eine offene und sachliche Auseinandersetzung mit den Grünen geworben hatte⁶⁹, sah „Elemente[.] eines neuen Faschismus“⁷⁰, als der grüne Abgeordnete Frank Schwalba-Hoth bei einem Empfang im Hessischen Landtag am 3. August 1983 den US-General Paul S. Williams mit Blut bespritzte.⁷¹ Die Europaabgeordneten der Union gingen noch einen Schritt weiter: „Eine Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Europaabgeordneten soll prüfen, inwieweit es sich bei der von den Grünen verfolgten Politik um eine Spielart von Faschismus handelt.“⁷²

Der Faschismus-Vorwurf perlte an den Grünen nicht ohne weiteres ab. Er wog offenbar so schwer, dass sich die Grünen gezwungen sahen, das Thema in

und Gewalt. Bonn 1986; Manfred Langer (Hg.): Grüne und Geld. Zur Staatsfinanzierung der GRÜNEN und ihrer alternativen Klientel. o.J. [Oktober 1986], in: ACDP 08-001-775/2; Ders. (Hg.): Die Grünen auf dem Prüfstand. Mit einem Vorwort von Hans-Peter Schwarz. Bergisch-Gladbach 1988.

65 Bericht zur Lage der Fraktion, März 1984, in: Josef Boyer/Helge Heidemeyer (Bearb.): Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983–1987 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe. Deutschland seit 1945, 14/I). Düsseldorf 2008, Dok. 70, hier S. 444.

66 Rudolf Seiters: Die Grünen streben Weimarer Verhältnisse an, in: Deutschland-Union-Dienst, 10. Dezember 1984.

67 Heiner Geißler zitiert nach Hamburger Abendblatt, 17. Dezember 1984.

68 Vgl. Tim B. Peters: Der parlamentarische Arm der Friedens- und Umweltbewegung. Die Grünen im Deutschen Bundestag 1983–1987, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Grünes Gedächtnis 2007. Berlin 2006, S. 77–82, hier S. 77.

69 Vgl. Wissmann: Mit Grünen diskutieren – Gegen ‚Holzhammer-Strategie‘, dpa-Meldung, 24. August 1982.

70 Matthias Wissmann zitiert nach Elemente eines neuen Faschismus bei Grünen, dpa-Meldung, 6. August 1983.

71 Vgl. Fall Schwalba-Hoth: Nicht mehr zumutbar, in: Die Zeit, 19. August 1983.

72 Deutsche Gruppe in der EVP-Fraktion (Hg.): Pressemitteilung Nr. 108, 25. Oktober 1984.

einer Fraktionssondersitzung am 3. Dezember 1984 intensiver zu behandeln.⁷³ Zu den zahlreichen Gästen der Sitzung gehörten auch Vertreter anderer Parteien, darunter die SPD-Bundestagsabgeordneten Heinz Westphal, Ernst Waltemathe und Dietrich Sperling sowie Hildegard Hamm-Brücher von der FDP. Ein Unionsabgeordneter war nicht dabei.

Der Vorwurf eines linken und ökologischen Extremismus bekam Ende der 1980er Jahre mit dem Erstarren einer Partei des äußersten rechten Spektrums neuen Auftrieb. Überraschend erhielt im Januar 1989 die Partei „Die Republikaner“ (REP) bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 7,5% der Stimmen. Mit elf Mandaten zog sie ins Abgeordnetenhaus ein, während die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, und anstelle der Berliner CDU und des bisherigen Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen regierte nun ein rot-grüner Senat. Gewarnt von der Berliner Wahl begannen die Unionsparteien sich nun genauer mit den „Republikanern“, ihrem Personal und vor allem mit den Gründen ihres Wahlerfolgs auseinanderzusetzen.⁷⁴ Im Mai 1989 – im Wahlkampf fürs Europaparlament – stellte CDU-Generalsekretär Geißler eine Studie vor, die die Bundesgeschäftsstelle zu den „Republikanern“ erstellt hatte.⁷⁵ Selbst die den Grünen nahestehende „tageszeitung“ lobte die Ergebnisse der Studie, die den „Republikanern“ „Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Vergötzung des Freund-Feind-Denkens“ sowie eine „Relativierung und Verharmlosung der Naziverbrechen“ bescheinigte.⁷⁶ Die als interne Handreichung für die politische Auseinandersetzung gedachte Analyse empfahl CDU-Mitgliedern, nicht mehr den positiv konnotierten Begriff „Republikaner“ zu verwenden, sondern künftig von „Rechtsradikalen“, „rechtsradikalen Stimmungsmachern“ oder einfach „Rep“ zu sprechen.⁷⁷ Diese Sprachregelung sah auch vor, sowohl rechts- als auch linksradikale Parteien – gemeint waren damit zugleich die Grünen – als Feinde der Demokratie zu bezeichnen und auf strukturelle Gemeinsamkeiten hinzuweisen. Insbesondere sollten Links- und Rechtsradikale möglichst oft in einem Atemzug genannt werden, um die Ablehnung der Linken auch gegen die Rechten zu wenden und so möglichst viele Wähler wieder für die Mitte zu gewinnen.⁷⁸

73 Vgl. Fraktionssondersitzung, 3. Dezember 1984, in: Boyer/Heidemeyer (Bearb.): Die Grünen im Bundestag, Dok. 116, S. 659–666.

74 Vgl. Ralf Grünke: Geheiligte Mittel? Der Umgang von CDU/CSU und SPD mit den Republikanern. Baden-Baden 2006, S. 99–199.

75 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die REP. Analyse und politische Bewertung einer rechtsradikalen Partei, Bonn 18. Mai 1989.

76 Gerd Nowakowski: Der Hau-drauf widerlegt sich selbst, in: taz, 19. Mai 1989.

77 Jürgen Tuchel: CDU will mit einem Abgrenzungspapier den Republikanern Paroli bieten, in: Nürnberger Nachrichten, 8. Mai 1989.

78 Vgl. Hans Krump: „CDU-Politiker sollten besser von REP, nicht von den Republikanern reden“. Strategie Papier des Adenauer-Hauses zur Behandlung der Partei Schönhubers, in: Die Welt, 6. Mai 1989.

Diese Gleichsetzung erklärt, warum Geißler der SPD eine Mitschuld am Entstehen und Erfolg der „Republikaner“ gab und betonte, dass die CDU nicht die Fehler der SPD wiederholen werde. Den Sozialdemokraten warf der Generalsekretär vor, sie hätten die linksradikalen Grünen erst hoffähig gemacht.⁷⁹ Ähnlich hatte sich kurz zuvor Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble geäußert: Die Sozialdemokraten hätten es nicht geschafft, die Etablierung der Grünen zu verhindern – mit der Folge, dass nun die Radikalität zwischen den politischen Lagern zugenommen habe. Die CDU habe im Gegensatz dazu schon bei der Bekämpfung der NPD in den 1960er Jahren einen hohen Preis bezahlen müssen – die Regierungsmehrheit bei der Bundestagswahl 1969.⁸⁰

Das Erstarken einer Partei rechts von CDU/CSU brachte die Union in eine ähnliche Situation, wie sie die SPD mit der Gründung der Grünen erlebt hatte. Und ganz ähnlich waren die Vorwürfe, die sich die beiden großen Volksparteien im Umgang mit den Randparteien gegenseitig machten. Das (Wahlkampf-) Argument von CDU und CSU, wer rechte Splitterparteien wähle, werde links regiert, glich den Aussagen der SPD, wer grün wähle, stärke die „Schwarzen“. Man warf sich gegenseitig vor, den demokratischen Konsens zu verlassen und machiavellistische Politik zu treiben, da man sich für den Machterhalt bzw. -erwerb mit Radikalen verbünde, und nicht zuletzt warf man dem jeweils gegnerischen Parteivorsitzenden Führungsschwäche und Versagen vor.⁸¹

Als die „Republikaner“ bei der Europawahl im Juni 1989 abermals überraschend starke Gewinne erzielen konnten – sie erhielten 7,1% der Stimmen –, begann, ungeachtet der strikten Ablehnung durch die CDU-Führung, in Teilen der Union eine Debatte über mögliche Koalitionen. Gerade in Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg, wo die „Republikaner“ viele Stimmen auch von der CDU bzw. CSU gewinnen konnten, stellte sich die Frage nach „Integration oder Isolierung“.⁸² Die aufkommende Debatte wurde jedoch Anfang Juli durch einen Beschluss des Parteipräsidiums beendet. In diesem „Beschluss zum Verhältnis der CDU zu radikalen Parteien“ heißt es: „1. Die CDU lehnt jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien, wie z. B. den Kommunisten, den Grünen/Alternative Liste, den Republikanern, den Nationaldemokraten und der Deut-

79 Vgl. Gerd Nowakowski: Der Hau-drauf widerlegt sich selbst, in: taz, 19. Mai 1989; Klaus Dreher: Union setzt sich mit Republikanern auseinander, in: Süddeutsche Zeitung, 18. Mai 1989.

80 Vgl. Klaus Dreher: Union setzt sich mit Republikanern auseinander, in: Süddeutsche Zeitung, 18. Mai 1989.

81 Vgl. hierzu etwa: Vogel: Zwischen „Reps“ und Unionsteilen gibt es keine grundsätzlichen Unterschiede, in: Parlamentarisch-Politischer-Pressedienst (PPP), 27. Juni 1989, sowie Rolf Zundel: Das Parteiensystem verändert sich: Gratwanderung in die Moderne, in: Die Zeit, 19. Mai 1989.

82 Frank Bösch: Integration oder Isolierung. Die Unionsparteien und der rechte Rand, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46 (2001) 8, S. 955–964.

schen Volksunion ab. 2. Dies gilt für die Bundes-, Landes- und Kommunal-ebene.⁸³ Damit wurde die Gleichsetzung von Grünen und Rechtsradikalen formal bestätigt, wenngleich CDU-Politiker, danach befragt, oftmals Unterschiede erkannten. So meinte der Vorsitzende der Jungen Union NRW, Ronald Pofalla, die Ehrlichkeit gebiete es, „darauf hinzuweisen, dass auf kommunaler Ebene sogar sehr oft eine Zusammenarbeit zwischen der CDU und den Grünen stattfindet, die eindeutig auf dem Boden der Verfassung stehen“.⁸⁴ Friedrich Bohl, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, gab in einem Interview mit dem Deutschlandfunk auf die Frage: „Macht es sich die CDU auf der anderen Seite nicht etwas zu einfach, indem sie die Grünen und die Republikaner als Radikale in einen Topf wirft?“ die Antwort: „Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Grünen und den Republikanern, aber es bleibt sicherlich auch richtig, daß beide mit einfachen Parolen, daß beide mit Emotionen Politik zu machen versuchen [...]“.⁸⁵ Auf dem CDU-Bundesparteitag im September 1989 wurde der Beschluss des Präsidiums bestätigt. „Nur ein Delegierter meldete sich zum Radikalthema zu Wort. Er wies darauf hin, daß nicht alle Grünen radikal seien und daß man mit ihnen in manchen Bereichen politisch zusammenarbeiten könne. Der neu gewählte CDU-Generalsekretär Volker Rühle erwiderte: Die Entscheidung des Parteitags sei ein notwendiger Grundsatzbeschluss, bei dem nicht jeder einzelne Grüne vor Ort gemeint sei.“⁸⁶ In der Tat stand der Beschluss im Widerspruch zur politischen Praxis auf kommunaler Ebene, wo vereinzelt erste schwarz-grüne Bündnisse entstanden. Im nordrhein-westfälischen Hückeswagen hatten sich CDU und Grüne in der gemeinsamen Opposition kennen und schätzen gelernt, so dass es nach der Kommunalwahl im Oktober 1989 ausgemacht schien, dass dort mit Manfred Vesper der erste Christdemokrat mit den Stimmen der Grünen zum Bürgermeister gewählt werden sollte – im Gegenzug sollten die Grünen den Vorsitz im Umweltausschuss bekommen.⁸⁷ Durch Presseberichte auf den Fall aufmerksam geworden, eilte der nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende Norbert Blüm in die oberbergische Kleinstadt, um die Zusammenarbeit zu verhindern und den Parteibeschluss, der Bündnisse mit den Grünen ausschloss, durchzusetzen. Manfred Vesper, der in den drei Vertretern der Grünen-Fraktion „vernünftige Leute“ und keine Extremisten sah, entschloss

83 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Pressemitteilung der CDU, 4. Juli 1989.

84 Ronald Pofalla zitiert nach: NRW JU-Vorsitzender verteidigt Grüne gegen CDU-Kampagne, in: taz, 10. Juli 1989.

85 Friedrich Bohl zitiert nach Deutschlandfunk, 18. Juli 1989. Niederschrift in: Deutscher Bundestag, Pressedokumentation 035-0/33.

86 Die CDU und die Republikaner – Abgrenzungen nach rechts und links, dpa-Meldung, 13. September 1989.

87 Kommunalwahl NRW. CDU-Bürgermeister wahrscheinlich von Grünen mitgewählt, dpa-Meldung, 16. Oktober 1989.

sich daraufhin, von seinem Amt als CDU-Ortsvorsitzender zurückzutreten, sich aber dennoch von den Grünen als Bürgermeister wählen zu lassen: „Wir machen hier keine große Politik, sondern bauen Kanäle“.⁸⁸

Gewalt und Gewaltenteilung: Juristische Auseinandersetzungen

Jenseits der politisch-analytischen Ebene zeichneten sich die Auseinandersetzungen der CDU mit den Grünen durch ihre Vielfältigkeit aus. Zum politischen Arsenal gehörten auch rechtliche und parlamentsorganisatorische Vorstöße, und dadurch unterschied sich dieses Vorgehen von der Linie gegenüber den anderen Bundestagsparteien. So sollte eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Paul Mikat und Wolfgang Schäuble prüfen, wie die Grünen von der bewussten Störung der Parlamentsarbeit abgehalten werden könnten.⁸⁹ Ausschlaggebend hierfür waren unter anderem anhaltende Störungen durch Abgeordnete der Grünen, die durch Zwischenrufe, Transparente und Gesangseinlagen während der Nachrüstungsdebatte den parlamentarischen Ablauf erheblich störten.⁹⁰

Gerichtliche Schritte empfahl in einem anderen Zusammenhang der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Eberhard Walde, in einem Rundschreiben den Kreis- und Ortsverbänden seiner Partei, als Gegenwehr gegen die „Schmutzkampagne der CDU/CSU“.⁹¹ Walde beklagte in diesem Schreiben, dass vor dem Hintergrund der anstehenden Landtagswahlen und der Bundestagswahl im Januar 1987 eine Kampagne entwickelt worden sei, die vorsehe, die Grünen „aufs übelste zu verleumden und mit Dreck zu bewerfen“.⁹² „Bei diesen Kampagnen“, so Walde weiter, „scheut die CDU/CSU keine Lügen, keine noch so bössartigen Unterstellungen oder Verdrehungen, keine noch so harte Verleumdung, um uns in der Öffentlichkeit zu diffamieren. [...] Die CDU will sich mit uns nicht auseinandersetzen. Sie will uns kaputt machen.“⁹³

Mit dieser öffentlichen Empfehlung des Bundesgeschäftsführers der Grünen wurde ein weiterer Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU

88 Manfred Vesper zitiert nach Blüm interveniert gegen schwarz-grüne Kooperation, in: Süddeutsche Zeitung, 17. Oktober 1989.

89 Vgl. Union will die Grünen zur Ordnung zwingen, in: Bonner Rundschau, 2. Dezember 1983

90 Vgl. die Bundestagsdebatte zum Thema „Doppelbeschluss der NATO und der Stand der Genfer INF-Verhandlung“ vom 21. November 1983, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 126, S. 2321–2456. Zur Vorbereitung der Debatte innerhalb der Grünen-Fraktion vgl. die Klausursitzung der Fraktion am 16. sowie die Fraktionssondersitzung am 20. November 1983 in: Boyer/Heidemeyer (Bearb.): Die Grünen im Bundestag, Dok. 53 und 54, S. 339–355.

91 Vgl. Eberhard Walde zitiert nach Grüne wollen Angriffe der CU/CSU noch schärfer kontern, dpa-Meldung, 4. August 1986.

92 Ebd.

93 Ebd.

und Grünen erreicht. Denn es war keine Seltenheit, dass die beiden Parteien politische Auseinandersetzungen oftmals juristisch ausfochten.⁹⁴ Das Neue daran war der gezielte Einsatz von Strafanzeigen als strategische Option der Auseinandersetzung. Dahinter stand auch die Überlegung, dass sich die Grünen auf eine „Materialschlacht“ mit der Union aufgrund der beschränkten Finanzmittel nicht einlassen konnten und wollten. Eine Strafanzeige dagegen, so Walde, verursache kaum Kosten und sei dank der Presseberichte trotzdem öffentlichkeitswirksam.⁹⁵

Tatsächlich verschärfte die CDU/CSU im Laufe des Jahres 1986 den Ton gegenüber den Grünen. Die Veröffentlichung der Dokumentation „Die Kader der Grünen“ sollte den Bürgern das linksextremistische, verfassungsfeindliche und terroristische Umfeld der „Anti-Parteien-Partei“ bewusst machen.⁹⁶ Daneben häuften sich die Aussagen, die den Grünen vorwarfen, sich nicht eindeutig und glaubhaft von Gewalt zu distanzieren. Hintergrund dafür waren vor allem die oftmals gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Demonstranten und Polizisten, beispielsweise an der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf und dem Kernkraftwerk Brokdorf, bei denen, so Alfred Dregger, die demokratischen Spielregeln und bürgerlichen Umgangsformen außer Kraft gesetzt wurden. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag warnte: „Erstmals seit dem Ende der Hitler-Diktatur kommt die Bedrohung nicht von außen, sondern von innen“.⁹⁷ Überhaupt fragte man sich in der Union, ob die Grünen noch auf dem Boden des Grundgesetzes stünden⁹⁸ oder ob sie „Agenten der Sowjetunion“⁹⁹ seien. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg zog Parallelen zwischen den Grünen und der Entwicklung der baskischen Eta, da er einen wachsenden gewalttätigen, militanten Flügel innerhalb der grün-alternativen Bewegung sah.¹⁰⁰

Auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion beschäftigte sich auch der Deutsche Bundestag mit dem Thema. In der Aktuellen Stunde am 4. Juli 1986 betreffend

94 Vgl. hierzu etwa: Grüne erstatten Anzeige gegen Todenhöfer. Streit eskaliert – CDU-Politiker gelassen, in: Bonner Rundschau, 30. Januar 1986; Unions-Politiker beschimpften Grüne. Rechtliche Schritte?, in: General-Anzeiger, 25. Februar 1986; Scharfe Kritik an Eugen Volz. Nannte der Staatssekretär die Grünen „Vereinigung von Mördern“?, in: Stuttgarter Zeitung, 13. August 1986; Anzeige gegen CSU-Politiker, in: Frankfurter Rundschau, 17. September 1986.

95 Vgl. ebd.

96 Vgl. Presseerklärung der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, 19. Juni 1986.

97 Alfred Dregger zitiert nach Rot-Grüne Bündnisse erinnern Dregger an Zeit brauner Machthaber, dpa-Meldung, 21. Mai 1986.

98 Stehen die Grünen noch auf dem Boden des Grundgesetzes?, in: Deutschland-Union-Dienst, 13. Juni 1986.

99 Alfred Dregger zitiert nach Dregger nennt Grüne Agenten der Sowjetunion, dpa-Meldung, 6. Juni 1986.

100 Vgl. „Wie die Eta in Spanien“. Scharfe Vorwürfe Stoltenbergs gegen die Grünen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Juni 1986.

„Haltung der Bundesregierung zu den von den GRÜNEN auf ihrer Bundesversammlung beschlossenen Forderungen auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit, des Rechts und der Wirtschaft“ entwickelte sich eine parlamentarische Debatte darüber, „was grüne Politik für die Bürger der Bundesrepublik Deutschland bedeutet“.¹⁰¹ CDU/CSU, FDP und auch die SPD nutzen die Debatte für eine heftige grundsätzliche Kritik gegenüber der Politik der Grünen. Die Frage nach der Haltung der Grünen zur Gewalt war dabei hinter vielen Vorwürfen durchzuhören.¹⁰²

Die Vorwürfe, dass die Grünen ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt hätten, beschäftigten schließlich auch die Gerichte. Im Juli 1986 erstatteten die Grünen gegen den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, Bundesjustizminister Hans Engelhard, Otto Graf Lambsdorff (beide FDP)¹⁰³ und Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU)¹⁰⁴ Strafanzeige wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede. Diese hatten in Interviews und in der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag behauptet, dass grüne Delegierte bei der im Mai stattgefundenen Bundesdelegiertenkonferenz – so hießen die Parteitage der Grünen – gejubelt hätten, als die Nachricht von 132 verletzten Polizisten aus Wackersdorf eintraf.¹⁰⁵ Auch die CDU musste sich vor dem Bonner Landgericht verantworten, da sie die Vorwürfe in ihrer Wahlkampfzeitung „CDU-Extra“ wiederaufgenommen hatte.¹⁰⁶ Im Dezember 1986 entschied das Gericht zugunsten der CDU, untersagte ihr aber u. a. die Behauptung, die Grünen wür-

101 Redebeitrag von Rudolf Seiters zur Aktuellen Stunde betreffend „Haltung der Bundesregierung zu den von den GRÜNEN auf ihrer Bundesversammlung beschlossenen Forderungen auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit, des Rechts und der Wirtschaft“ am 4. Juli 1986, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 138, S. 16813f., hier S. 16813.

102 Hauptvorwürfe an die Grünen waren der geplante Austritt aus der NATO, Auflösung der Bundeswehr, Entwaffnung der Polizei, Streichung des Wiedervereinigungsgebots aus dem Grundgesetz, sofortige Stilllegung der Atomkraftwerke, wirtschaftliche Schwächung zum Zwecke der Systemveränderung, Befürwortung sowie Unterstützung von Gewaltaktionen gegen den Staat, Streichung des „Abtreibungsparagrafen“ 218. Zur Aktuellen Stunde vgl. ebd., S. 16813–16828.

103 Vgl. Strafanzeige der Grünen gegen Strauß, Engelhard und Lambsdorff, in: Süddeutsche Zeitung, 19. Juli 1986.

104 Vgl. Grüne zeigen Kiechle an, in: Stuttgarter Zeitung, 26. Juli 1986.

105 Vgl. Anm. 94. Die der DKP nahestehende Zeitung „Unsere Zeit“ berichtete, der von dpa geschilderte und so erst bekannt gewordene Sachverhalt sei „absolut unbewiesen und von anderen vor Ort befindlichen Presseorganen (wie der UZ) auch nicht wahrgenommen und auch vom Urheber später nie wieder behauptet worden“. Grüne wehren sich gegen CDU-Hetzkampagne. Reaktionäre Stimmungsmache gegen angebliche Gewalttätigkeiten soll Wahlkampfthema werden, in: Unsere Zeit, 14. August 1986. Die dpa-Meldung konnte nicht ermittelt werden.

106 Vgl. Grüne erfolgreich gegen CDU-Vorstand, in: General-Anzeiger, 4. Oktober 1986.

den sich mit Molotow-Cocktail werfenden Politchaoten verbünden – dafür fehlten die Beweise.¹⁰⁷

Annäherung auf kommunaler Ebene

Trotz aller Ablehnung und Bekämpfung finden sich auch Beispiele für schwarz-grüne Zusammenarbeit. Ende der 1980er Jahre konstatierte die „Wirtschaftswoche“: „Zwar werden aus schwarz-grüner Sympathie nur selten feste Bindungen, aber häufig wilde Ehen: Aktionsgemeinschaften in einzelnen kommunalpolitischen Fragen“.¹⁰⁸ Die vermutlich erste Zusammenarbeit dieser Farbgebung auf kommunaler Ebene gab es im September 1984 im rheinland-pfälzischen Boppard.¹⁰⁹ Dort konnte der CDU-Politiker Jürgen Mohr durch die Stimmenenthaltung der Grünen zum Ortsvorsteher gewählt werden. Sein zweiter Stellvertreter wurde, dank Unterstützung der CDU, ein Grünen-Politiker.¹¹⁰ Danach häuften sich „die Fälle schwarz-grüner Bündnisse zur Verhinderung sozialdemokratischer Bürgermeister, Ortsvorsteher oder hoher kommunaler Beamte[r]“.¹¹¹

Wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen solcher Bündnisse war, dass der Kooperation häufig eine langjährige SPD-Vorherrschaft vorausging und dass CDU und Grüne bereits vorher, sei es während der gemeinsamen Opposition oder auch durch das Aufeinandertreffen und Zusammenleben im Alltag, gute persönliche Kontakte und Vertrauen hergestellt hatten.¹¹² Im rheinischen Städtchen Monheim warb die CDU offensiv für eine schwarz-grüne Zusammenarbeit. Da man sich kannte, hatte man „keine Berührungsängste“. Die zumeist sehr jungen Kandidaten der Grünen kamen, wie der Monheimer CDU-Politiker Lothar Schaub bemerkte, „fast alle aus bekannten und seriösen Monheimer Elternhäusern“ – darunter Söhne und Töchter von FDP- und CDU-

107 Vgl. CDU: Gericht läßt Gewalt-Aussage über Grüne zu, dpa-Meldung, 1. Dezember 1986 sowie CDU gewinnt Rechtsstreit gegen DIE GRÜNEN, in: Deutschland-Union-Dienst, 4. Dezember 1986.

108 Harald Schumacher: Schwarz mit grün, in: Wirtschaftswoche, 11. August 1989.

109 Jürgen Hoffmann gibt in seiner Studie „Schwarz-grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik“ eine detaillierte Beispielübersicht für kommunale Zusammenarbeit zwischen CDU und Grünen. Vgl. ebd., S. 58–66.

110 Vgl. Beispiel Boppard: Wie schwarz-grüne Bündnisse funktionieren, in: PPP, 12. September 1984. – Wolter von Tiesenhausen, Sprecher der CDU, bestritt in einer Pressemitteilung, dass es in Boppard zu einer Zusammenarbeit von CDU und Grünen gekommen sei. Sein Versuch, das Wahlergebnis des CDU-Ortsvorstehers auch ohne die Stimmen der Grünen zu erklären, ist allerdings falsch. Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Pressemitteilung, 13. September 1984 sowie Wolter von Tiesenhausen, in: PPP, 13. September 1984.

111 In Rheinland-Pfalz häufen sich die schwarz-grünen Bündnisse, in: PPP, 14. September 1984.

112 Vgl. auch Hoffmann: Schwarz-Grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik, S. 7–9.

Ratsmitgliedern.¹¹³ Darüber hinaus entstanden vereinzelt schwarz-grüne Kooperationen, wo man in Sachfragen gemeinsame Ziele verfolgte: etwa im hessischen Mörfelden-Walldorf, dem Zentrum der Proteste gegen die Startbahn-West des Frankfurter Flughafens, oder in Mainhausen, dem Standort einer Sondermülldeponie.¹¹⁴

Hatte die CDU im hessischen Wahlkampf noch vor dem „rot-grünen Chaos“ gewarnt, hoffte nun spöttisch die SPD, dass in den Kommunen nicht das schwarz-grüne Chaos ausbreche.¹¹⁵ Die SPD bewertete diese Bündnisse kritisch und warf der CDU Wortbruch und Machtstreben vor.¹¹⁶ Die Rolle der Grünen als „Zünglein an der Waage“ beurteilte man dagegen positiv: „Den Grünen hingegen kann man das Kompliment nicht verweigern, daß sie – wie zuvor häufig die F.D.P. – ihre Position [...] erkannt und ohne langes Zögern in Personalmacht umgesetzt haben“.¹¹⁷

Auf Landesebene waren dagegen schwarz-grüne Bündnisse für beide Seiten noch völlig ausgeschlossen. Allein der baden-württembergische Landesverband der Grünen ist hier eine Ausnahme, in dem „Profis im Wartestand“¹¹⁸ wie Wolf-Dieter Hasenclever, Winfried Kretschmann und Fritz Kuhn das Bild der Fraktion prägten. Schon 1984 hielt es der grüne Landtagsabgeordnete Rezzo Schlauch für vorstellbar, bei der nächsten Landtagswahl 1988 mit der CDU zusammenzuarbeiten.¹¹⁹ Im Vorfeld der Landtagswahl 1988 wiederholte Kuhn diese Überlegung, sollte die CDU unter Lothar Späth die absolute Mehrheit verpassen.¹²⁰ Wie er in einem Interview mit der „tageszeitung“ deutlich machte, hoffte Kuhn, ein solches Angebot werde die innerparteiliche Diskussion in der CDU begünstigen und spaltende Tendenzen sichtbar machen.¹²¹

113 Lothar Schaub zitiert nach Johannes Nitschmann: „Fast alle kommen aus seriösen Verhältnissen“, in: Stuttgarter Zeitung, 8. September 1984.

114 Vgl. Joachim Neander: Im Umweltstreit von Mainhausen setzten die Grünen auf die CDU, in: Die Welt, 9. April 1985.

115 Vgl. Wenzel Pleil: Das erste schwarz-grüne Bündnis in Hessen, in: Frankfurter Rundschau, 28. März 1985.

116 Vgl. Schwarz-Grüne Bündnisse, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 24. September 1984.

117 Ebd.

118 So die Kapitelüberschrift über den Landesverband Baden-Württemberg bei Joachim Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Köln 1993, S. 249.

119 Vgl. Bündnis mit CDU? Streit bei den Grünen, in: Die Welt, 28. Dezember 1984. Zum Verhältnis von CDU und Grünen in Baden-Württemberg in den 1990er Jahren vgl. die Ausführungen von Rezzo Schlauch: Wer zu spät kommt, den bestraft der Wähler. Zum Verhältnis von Schwarz und Grün in Baden-Württemberg, in: Kronenberg/Weckenbrock (Hg.): Schwarz-Grün, S. 65–71.

120 Vgl. Kuhn bietet Späth die Hilfe der Grünen an, in: Stuttgarter Zeitung, 28. August 1987.

121 Vgl. Interview von Max Thomas Mehr mit Fritz Kuhn: „Wechselnde Mehrheiten, auch mit der CDU“, in: taz, 29. August 1987.

Schwarz-grüne Bündnisse und selbst die Zusammenarbeit in vereinzelt Fragen waren trotz der ersten Annäherungen auf kommunaler Ebene noch keine Selbstverständlichkeit. Wie schädigend sich schon vorsichtig geäußerte Überlegungen über eine schwarz-grüne Zusammenarbeit auswirken konnten, musste im Frühjahr 1987 Christa Thoben erfahren, stellvertretende Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU und Mitglied des Bundesvorstands.¹²² Wenige Tage vor der Neuwahl des Vorstands der CDU-Landtagsfraktion, in der sie gegen Bernhard Worms, den amtierenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im Düsseldorfer Landtag, antrat, gab Thoben der „Welt“ ein Interview. Auf die Frage, ob Thoben sich eine mittel- oder langfristige Zusammenarbeit mit den Grünen vorstellen könne, antwortete sie: „Wenn sie sich zu einem realpolitischen Kurs hin entwickeln und ihr Verhältnis zur Gewalt eindeutig klären, würde ich diese [eine Zusammenarbeit] nicht ausschließen. Aber ich sehe eine solche Entwicklung nicht.“¹²³

Der nordrhein-westfälische Landesverband der Grünen reagierte mit Ironie. Man sei gerührt und glücklich, „erst Biedenkopf, jetzt Thoben“. Allerdings müsse sich in der CDU der eher realpolitische Flügel durchsetzen und die Christdemokraten müssten ihr Verhältnis zur Gewalt klären. Die Erklärung endete mit dem Satz: „Leider sehen wir eine solche Entwicklung nicht“.¹²⁴

Drastischer und für Thoben überraschend fiel die Reaktion in der eigenen Partei aus. Schon vor der Veröffentlichung des Interviews versuchte Heiner Geißler mit einer eigenen Stellungnahme Thobens Aussagen zu relativieren. Er betonte, dass es keinerlei Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit den Grünen gebe, und schob die die Parteien trennenden Merkmale nach, die Christa Thoben in dieser Deutlichkeit nicht erwähnte: Mit einer Partei, die aus der NATO austreten wolle, Gewalt verharmlose, für die Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 sei, die Exportindustrie benachteilige und aus der Kernenergie aussteigen wolle, gebe es keine inhaltliche Übereinstimmung. Bemüht um Schadensbegrenzung nannte der CDU-Generalsekretär Thobens Äußerungen „mißverständlich“.¹²⁵ Auch Bundeskanzler Helmut Kohl meldete sich zu Wort und ließ verlauten, er habe den Unsinn satt, der immer wieder aus Düsseldorf in die Partei getragen werde,¹²⁶ womit er auf die in der Union eben-

122 Ausführlich zum „Fall Thoben“ vgl. Guido Hitz: *Verlorene Jahre? Die nordrhein-westfälische CDU in der Opposition 1975–1995*. Teil II: 1985–1990 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 45). Düsseldorf 2010, S. 457–487.

123 Christa Thoben zitiert nach „Schwarz-Grün“ ist nicht ausgeschlossen, in: *Die Welt*, 13. Februar 1987.

124 Über Thoben-Äußerung „gerührt und glücklich“, in: *Westfälische Rundschau*, 14. Februar 1987.

125 Vgl. Geißler sieht keine Möglichkeit für Zusammenarbeit mit Grünen, dpa-Meldung, 12. Februar 1987.

126 Vgl. Lothar Bewerunge: Nach der Aufregung ein Rückzug, in: *FAZ*, 14. Februar 1987.

falls umstrittenen Äußerungen Biedenkopfs anspielte, der sich im November 1986 ähnlich geäußert hatte und den Grünen attestierte, richtige Fragen gestellt zu haben.¹²⁷ Dass auch Biedenkopf, der Thoben bei der Kandidatur für den Fraktionsvorsitz im Landtag als „Kandidatin der Erneuerung“ unterstützte, ihr nun nicht weiter half, mag deshalb überraschen.¹²⁸ Ausschlaggebend aber war – neben der heftigen Kritik an Thoben, die ebenfalls von der CSU und der nordrhein-westfälischen Landesgruppe in der CDU/CSU-Fraktion geäußert wurde¹²⁹ – die im April anstehende Landtagswahl in Hessen¹³⁰. Dort konzentrierte sich der Wahlkampf der CDU auf das gescheiterte erste rot-grüne Bündnis auf Länderebene. Auf den Wahlplakaten der CDU warnte man vor dem „rot-grünen Chaos“. Angesichts der Hoffnungen, die Thoben nun auf den realpolitischen Flügel der Grünen richtete, der in Hessen selbst der linken SPD das Regieren unmöglich gemacht hatte, fragte man sich nun in der CDU, wie glaubwürdig die diesen Wahlkampf noch führen könne.¹³¹

Die so in die Schusslinie geratene Christa Thoben fühlte sich von der Presse missverständlich wiedergegeben. Doch ihr Versuch, eine Veröffentlichung des Interviews unter Androhung rechtlicher Schritte zu verhindern, scheiterte. Die „Welt“ konnte bei ihrer Darstellung der Äußerungen bleiben, da das Interview nicht nur auf Tonband festgehalten, sondern auch von Thoben selbst freigegeben worden war.¹³²

Schon vor der Veröffentlichung des Interviews waren Thoben nur Außenseiterchancen bei der Kampfkandidatur gegen Worms eingeräumt worden, so dass es rückblickend schwierig ist, eine Kausalität zwischen ihren Äußerungen über eine mögliche Zusammenarbeit mit den Grünen – die sie, als sich die

127 Vgl. Interview von Dirk Cornelsen mit Kurt Biedenkopf: Die Fragen, die sie stellen, sind richtig, die Antworten unrealistisch, in: Frankfurter Rundschau, 26. November 1986.

128 „Eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der Grünen Partei kommt für die CDU nicht in Frage. Dies ist die einmütige Auffassung des Landesvorstandes der CDU Nordrhein-Westfalen“. Kurt Biedenkopf zitiert nach Lothar Bewerunge: Nach der Aufregung ein Rückzug, in: FAZ, 14. Februar 1987.

129 Vgl. Reinhold Michels: Wirbel um Thoben-Äußerung zu den Grünen, in: Rheinische Post, 13. Februar 1987, sowie den Kommentar von Gerlind Schaidt: CDU und die Grünen?, in: Bonner Rundschau, 13. Februar 1987, in dem es heißt: „Aufrechte, bodenständige Christdemokraten mögen gestern die Welt nicht mehr so recht verstanden haben. [...] Eines hat Frau Thoben deutlich gemacht: Ihr fehlt es ganz offensichtlich noch an politischer Erfahrung, um in ein so wichtiges Amt wie das des Fraktionschefs im bevölkerungsreichsten Bundesland gewählt zu werden. Die CDU-Politikerin muß noch viel lernen. Es bleibt abzuwarten, ob die Partei ihr diese Chance geben wird.“

130 Vgl. Heinz Verfürth: Ablehnung der Grünen mit Hessen begründet, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 13. Februar 1987.

131 Vgl. Gunter Hofmann: Denzettel für Denker. Mit ihrer Angst vor grünen Themen schadet sich die Union selbst, in: Die Zeit, 20. Februar 1987.

132 Vgl. Peter Gillies: Schwäche eines Verbandes, in: Die Welt, 17. Februar 1987, sowie Heinz Verfürth: Ablehnung der Grünen mit Hessen begründet, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 13. Februar 1987.

Veröffentlichung nicht verhindern ließ, wieder zurücknahm und präzierte – und ihrer darauf folgenden Wahniederlage festzustellen. Schaut man sich die Berichterstattung in der Presse dazu an, wird jedoch deutlich, dass der dann doch überraschend klare Wahlerfolg von Worms, dem man schließlich ankreidete, der „Vater des nordrhein-westfälischen Wahldebakels von 1985“ zu sein, eng mit dem umstrittenen Interview zusammenhing.¹³³ Pressebeobachter fragten sich allerdings auch, warum gerade Thobens Äußerungen über die Grünen so viel Widerspruch und Aufregung erzeugten, während ähnliche und „schlimmere“ Äußerungen relativ unkommentiert blieben. Sie vermuteten als wahren Grund für die Empörung einen Machtkampf im CDU-Landesverband – zwischen dem Kohl nahe stehenden Worms und Thoben aus dem Kreis um Biedenkopf.¹³⁴

Zwei Parteien auf dem Weg zu normalen Beziehungen

Bei der Landtagswahl in Hessen im April 1987 konnten die Grünen ihr Wahlergebnis stark verbessern und erreichten 9,4 Prozent der Stimmen. Dass es für die Grünen trotzdem nicht zu einer erneuten Regierungsbeteiligung reichte, lag an den Sozialdemokraten, die mit Stimmverlusten nur zweitstärkste Kraft hinter der CDU wurden. Während Joschka Fischer nach der Wahl noch dafür warb, „die Frage nach einer linken Mehrheit nicht aus den Augen zu verlieren“,¹³⁵ äußerten andere Grünen-Politiker wie Winfried Kretschmann ihre Bedenken, ob die alleinige Ausrichtung auf die SPD auf Dauer die Existenz einer kleinen Partei sichern könne. Man müsse nach allen Seiten offen sein, auch für die CDU.¹³⁶ Das Wahlergebnis verdeutlichte, dass SPD und Grüne sich gegenseitig linke Wähler streitig machten. Für die Umsetzung grüner Politik, und dafür setzten grüne Realo-Politiker auf Regierungshandeln, müssten zusätzliche Stimmen nicht vom linken Rand, sondern in der Mitte erworben werden.¹³⁷

Die Fixierung auf die SPD, so meinte auch der Vorstandssprecher der Grünen, Lukas Beckmann, führe in eine Sackgasse: „Es muß zu einem integrierten Bestandteil unserer Strategie werden, auf allen Ebenen der Politik Tolerierungs- und Koalitionsgespräche mit der CDU nicht auszuschließen. Mit der

133 Vgl. Das grüne Tabu in der CDU, in: Süddeutsche Zeitung, 16. Februar 1987 sowie Werner A. Perger: Wer unverkrampft über die Grünen redet, ist in der CDU untendurch, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 22. Februar 1987.

134 Vgl. ebd. sowie Gunter Hofmann: Denktzettel für Denker. Mit ihrer Angst vor grünen Themen schadet sich die Union selbst, in: Die Zeit, 20. Februar 1987, sowie Hitzte: Verlorene Jahre?, S. 457–487.

135 Joschka Fischer zitiert nach Lange Durststrecke im Blick, in: taz, 7. April 1987.

136 Vgl. Harald Günter: Der grüne Ministerialrat, der sich die CDU als Partner vorstellen kann, in: Die Welt, 9. April 1987.

137 Vgl. Hessens Grüne wollen um CDU-Wähler werben, in: Die Welt, 27. April 1987.

heutigen CDU ist dies nicht möglich. Wir müssen in den nächsten Jahren gezielt daran arbeiten, in der CDU die Voraussetzungen für solche Gespräche zu schaffen“.¹³⁸ Zwar hätten die Grünen eine linke Tradition, sie seien aber eine „im Kern wertkonservative“ und keine linke Partei. Auch aufgrund seiner geäußerten Hoffnung, die konsequente Hinwendung zum „C“ der CDU werde notwendigerweise zu deren Spaltung führen, erntete er heftigen Widerspruch.¹³⁹ Die CDU attestierte Beckmann „Realitätsferne und politische Verworrenheit“.¹⁴⁰ Sein Parteifreund Thomas Ebermann reagierte mit einem offenen Brief: „Lieber Lukas, ich bin sehr verärgert über Dich. Da arbeiten ich und einige Freunde seit mehreren Jahren an der Spaltung der CDU. Wie ich Dir kürzlich vertraulich mitteilte, standen wir kurz vor dem ersehnten Erfolg. Mit Biedenkopf war absolutes Stillschweigen vereinbart, weil Blüm und Süßmuth noch schwankten. Die beiden sind – wie Du weißt – wichtig, denn ohne sie kriegen wir die CDU-Arbeiter und die CDU-Frauen nicht zu uns rübergezogen. Mit deinem Vorpreschen hast Du uns um Monate, wenn nicht um Jahre, zurückgeworfen“.¹⁴¹

Vorstöße, wie die von Kretschmann oder Beckmann, waren für die meisten Grünen und ihre Wähler noch tabu. Doch immer mehr von ihnen wollten eine Zusammenarbeit mit der CDU – in ferner Zukunft – nicht völlig ausschließen. Den „Fundis“ zugehörige Politiker, wie die Mitglieder des Bundesvorstands Jutta Ditfurth oder Rainer Trampert, sprachen sich zwar gegen eine Öffnung zur CDU aus, sahen jedoch die Notwendigkeit, sich zumindest den konservativ-liberalen Wählern zuzuwenden und ihnen Angebote zu machen.¹⁴²

Zwischen Annäherung und Abgrenzung – Fazit

Mit den Grünen betrat in den 1980er Jahren ein neuer Akteur die politische Bühne der Bundesrepublik. Hervorgegangen aus den Neuen Sozialen Bewegungen, brachten sie eine Vielzahl an bisher wenig beachteten Themen auf die Agenda der Bonner Politik: die Rechte von Frauen und Homosexuellen, den Umweltschutz, den Protest gegen die Atomkraft und die Forderung nach Abrüstung. Dass dabei zuweilen die Legitimität mehrheitsdemokratisch gefasster Beschlüsse infrage gestellt, der parlamentarische Ablauf gestört und öffentli-

138 Lukas Beckmann zitiert nach Die Grünen entdecken die CDU, in: FAZ, 23. April 1987.

139 Vgl. Matthias Geis: Grünes Liebäugeln mit dem „C“ der CDU, in: taz, 23. April 1987. Zitat ebd.

140 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Pressemitteilung, 22. April 1987.

141 Die Grünen im Bundestag (Hg.): Pressemitteilung Nr. 288/87, 22. April 1987.

142 Vgl. Partei der Grünen soll auch für CDU-Anhänger wählbar werden, dpa-Meldung, 1. Mai 1987; Hessens Grüne wollen um CDU-Wähler werben, in: Die Welt, 27. April 1987; Grüne finden Gemeinsamkeiten mit der CDU, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. September 1987; Die Grünen im Bundestag (Hg.): Pressemitteilung Nr. 295/87, 24. April 1987.

cher Protest organisiert wurde – bei denen es nicht selten zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei (als Vertreter der Staatsgewalt) kam –, rührt aus dieser Herkunft und beibehaltenen Rückbindung.

Daneben zog mit den Grünen auch ein neues Politikverständnis in die Parlamente ein. Die im Januar 1983 in den Sindelfinger Beschlüssen festgehaltenen Grundsätze grüner Politik – wie Basisdemokratie, Rotation und Diätenregelung – unterschieden sich erheblich von denen der etablierten Parteien. Darin manifestierte sich auch ein moralisches Überlegenheitsgefühl gegenüber den „Altparteien“, immer „zwischen Moral und Macht zu entscheiden“.¹⁴³

Die Haltung der CDU gegenüber den Grünen war zunächst von strategischen Überlegungen geprägt. Deutlich wird dies vor allem in Zusammenhang mit dem Regierungswechsel 1982, in dessen Folge die Grünen von einem möglichen Instrument gegen sozial-liberale Koalitionen zu einer potentiellen Gefahr für die neue christlich-liberale Koalition wurden, jedenfalls in der Sicht der Union. Eine Rolle dabei spielte auch die Tatsache, dass konservative Vertreter bei den Grünen, wie der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl, die Partei verließen und sich die Linken immer mehr durchsetzen konnten.¹⁴⁴

Angesichts dieser Entwicklung und der dauerhaften Etablierung der Grünen als vierter Kraft im Parteienspektrum der Bundesrepublik änderte sich der Umgang untereinander. In den Parlamenten trafen plötzlich Politiker aufeinander, die in sozialer, kultureller und politisch-ideologischer Hinsicht grundsätzlich andere Standpunkte vertraten und dennoch miteinander bzw. gegeneinander arbeiten sollten – aber eben doch miteinander umgehen mussten.¹⁴⁵ Daneben sorgte besonders das ungeklärte Verhältnis der Grünen zur Gewaltfrage und zur repräsentativen Demokratie für scharfe Abgrenzung. Dabei zielte die Auseinandersetzung der CDU mit den Grünen immer auch auf die Sozialdemokraten ab. Indem man den Grünen Linksradikalismus, Verfassungsfeindlichkeit, faschistische Tendenzen usw. nachsagte, versuchte man die SPD von möglichen Bündnissen mit den Grünen abzuhalten und keine linken Mehrheiten entstehen zu lassen.

143 Petra Kelly in ihrer Stellungnahme zum ersten Rechenschaftsbericht der Fraktion vom März 1984, in: Boyer/Heidemeyer (Bearb.): Die Grünen im Bundestag, Dok. 70, S. 444.

144 Über den Einfluss der Neuen Linken bei den Grünen vgl. Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 278–287.

145 Zur Integrationskraft parlamentarischer Arbeit in Bezug auf systemkritische Parteien, freilich in einem anderen Zusammenhang, vgl. Thomas Mergel: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 135), Düsseldorf 2012, S. 470–485.

Gleichsam im toten Winkel der ideologischen Auseinandersetzung entstanden seit 1984 schwarz-grüne Bündnisse auf kommunaler Ebene. Hier blieben zum einen die trennenden Themen ausgespart, die auf Bundes- und Landesebene eine Zusammenarbeit unmöglich machten. Zum anderen erleichterte oftmals „die jahrelange gemeinsame Frontstellung gegenüber den regierenden Sozialdemokraten [...] die schwarz-grüne Annäherung in personellen und inhaltlichen Fragen“.¹⁴⁶ Dabei darf die Rolle des persönlichen Umgangs von CDU- und Grünen-Politikern auf kommunaler Ebene nicht unterschätzt werden. Schließlich kannten sie einander nicht erst durch die parlamentarische Arbeit, sondern schon aus dem örtlichen sozialen Leben: aus Nachbarschaft und Schule, aus der Kirchengemeinde, dem Schützenverein oder dem Fußballclub.

Das Jahr 1987 steht insofern für den Beginn einer Normalisierung des Verhältnisses von CDU und Grünen, als sich die Grünen immer weiter „von der ‚Anti-Parteien-Partei‘ zur ökologischen Reformpartei“¹⁴⁷ wandelten. Der Konflikt zwischen „Realos“ und „Fundis“ beherrschte zwar noch das öffentliche Bild der grünen Partei, allerdings verschob sich im Laufe der 1980er Jahre das Gewicht zugunsten der „Realos.“ Dementsprechend änderte sich auch das Politikverständnis der Grünen, die „einen Anpassungsprozess von der Fundamentalopposition zur konstruktiven Kraft durchliefen“.¹⁴⁸

Bei der Bestätigung des CDU-Präsidiumsbeschlusses zur Zusammenarbeit mit rechts- und linksradikalen Parteien im Oktober 1992 fehlten bezeichnenderweise die Grünen in der Liste der Parteien, mit denen eine Zusammenarbeit ausgeschlossen war.¹⁴⁹ Und 1994, als auch die Grünen wieder im Deutschen Bundestag vertreten waren, wurde Antje Vollmer zur Vizepräsidentin des Bundestages gewählt, mit Unterstützung der Unionsparteien.¹⁵⁰ Die Grünen hatten dieses Amt bereits 1983 und 1987 für sich gefordert. Dabei waren sie auch von

146 Jürgen Hoffmann: Schwarz-grün in den Gemeinden. In mehr als dreißig Kommunen haben sich ungleiche Partner zusammengefunden, in: *Die Politische Meinung* 42 (1997) 330, S. 56–64, hier S. 59.

147 Silke Mende: Von der „Anti-Parteien-Partei“ zur „ökologischen Reformpartei“. Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 273–315.

148 Helge Heidemeyer: (Grüne) Bewegung im Parlament. Der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag und die Veränderungen in Partei und Parlament, in: *Historische Zeitschrift* 291 (2010), S. 71–102, Zitat S. 101f.

149 Vgl. Ralf Grünke: *Geheiligte Mittel?*, S. 104f.

150 Die Unterstützung der Wahl Antje Vollmers zur Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages ging auf eine Empfehlung Wolfgang Schäubles an die CDU/CSU-Fraktion zurück. Vgl. Schäubles Interview „Alles reiner Unfug“, in: *Der Spiegel*, 21. November 1994, sowie Gunter Hofmann: Der Tabu-Strip, in: *Die Zeit*, 9. Dezember 1994. Für die Einschätzung Helmut Kohls, der darin keine Veränderung in der Haltung zu den Grünen begründet sah, vgl. dessen Bericht zur Lage vom 3./4. Februar 1995, in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (Bearb.): *Helmut Kohl. Berichte zur Lage 1989–1998*. Der Kanz-

prominenten Abgeordneten aus Reihen der Regierungskoalition unterstützt worden. Doch erst im 13. Deutschen Bundestag gelang ihnen dieser Prestigegewinn. Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse wollte die Union mit der Wahl eines grünen anstelle eines zweiten sozialdemokratischen Vizepräsidenten auch einen Keil in die Oppositionsreihen treiben.¹⁵¹ In der öffentlichen Wahrnehmung hingegen symbolisierte Vollmers Wahl zur Vizepräsidentin des Parlaments das neue Verhältnis der einstigen Gegner.

ler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 64). Düsseldorf 2012, S. 638f.

151 Vgl. Susanne Düwel: Techtelmechtel unter Gegnern, in: Stern, 17. November 1994.